

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	XLI
---------------------------------	-----

Teil I. Vertragsrecht

	Seite	RN
I. Allgemeines zum Kauf und zur Restrukturierung von Unternehmen	16	1
II. Die Bedeutung des Vertragsrechts für den Unternehmenskauf und für die Restrukturierung von Unternehmen	20	4
III. Begriff, Ablauf und Arten des Unternehmenskaufs	22	5
1. Der Begriff des Unternehmenskaufs	22	6
2. Der Ablauf des Unternehmenskaufs	23	7
a) Das herkömmliche Unternehmenskauf-Verfahren	23	8
aa) 1. Phase: Planungsphase	23	8
bb) 2. Phase: Durchführungsphase	23	8
cc) 3. Phase: Integrations-/Implementierungsphase	24	8
b) Das (beschränkte) Bietungsverfahren/Auktionsverfahren	24	9
aa) 1. Phase: Interne Planung der Transaktion und interne Vorbereitung des Verkaufes	24	10
bb) 2. Phase: Beginn der Verkaufsaktivitäten	26	13
cc) 3. Phase: Erste Runde des Bietungsverfahrens (First Round Bidding)	27	14
dd) 4. Phase: Weitere und abschließende Runde des Bietungsverfahrens (Final Round Bidding)	28	16
ee) 5. Phase: Vertragsverhandlungen und Vertragsabschluss	29	18
ff) Ablaufplan für das Bietungsverfahren	29	20
3. Die Systematik des Asset Deal und des Share Deal	32	26
a) Der Asset Deal als Kauf einzelner Wirtschaftsgüter	33	27
b) Der Share Deal als Kauf der Anteile oder einer Beteiligung an einer Gesellschaft	33	28
IV. Das vorvertragliche Verhandlungsstadium	34	29
1. Das vorvertragliche Schuldverhältnis gemäß § 311 II BGB	34	30
a) Der dynamische Entwicklungsprozess eines vorvertraglichen Schuldverhältnisses	35	30
b) Letter of Intent (LoI)	37	31
c) Term Sheet, Verhandlungsprotokoll, Positionspapier, Punctuation, Heads of Agreement, Letter of Understanding, Memorandum of Understanding	39	32
2. Die vorvertraglichen Pflichten nach § 241 II BGB	40	33
3. Die Verletzung vorvertraglicher Pflichten	41	33
a) Die vorvertragliche Pflichtverletzung durch positives Tun	41	33
aa) Unrichtige Angaben bzw. Informationen	41	33
bb) Rechtswidriges Verhalten (Abwerbung)	41	33
cc) Vortäuschung der Bereitschaft zum Abschluss eines Vertrages	42	33
dd) Abbruch der Vertragsverhandlungen	42	33

	Seite	RN
(1) Die Begründung eines qualifizierten Vertrauenstatbestandes	43	33
(2) Der triftige Grund für den Abbruch von Vertragsverhandlungen	44	33
b) Die vorvertragliche Pflichtverletzung durch Unterlassen	45	34
c) Das Vertretenmüssen der Pflichtverletzung	49	35
d) Der Ersatz des Vertrauensschadens	50	36
e) Art und Umfang des Schadens	53	37
f) Darlegungs- und Beweispflicht	55	38
4. Die Geheimhaltungsvereinbarung im vorvertraglichen Verhandlungsstadium	55	39
5. Die Exklusivitätsvereinbarung im vorvertraglichen Verhandlungsstadium	57	41
6. Die Option	57	42
7. Der Vorvertrag	58	43
a) Voraussetzungen für die Wirksamkeit eines Vorvertrages	58	43
b) Der Vorvertrag als Ausnahme zu nicht bindenden Vertragsverhandlungen und zum Abschluss eines Hauptvertrages	59	43
c) Risiken beim Abschluss eines Vorvertrages	60	44
8. Die Due Diligence	61	45
a) Der Ablauf der Due Diligence	62	45
b) Die Einordnung der Due Diligence im deutschen Recht	69	47
c) Besonderheiten der Legal Due Diligence	70	48
aa) Der Einfluss der Due Diligence auf das Haftungssystem	71	48
bb) Die Kenntnis des Käufers	73	48
cc) Auskunftspflichten der Geschäftsführung und des Vorstandes bei der Durchführung einer Due Diligence	73	48
(1) Umfang der Auskunftspflicht	74	48
(2) Grenzen der Auskunftspflicht	76	48
(3) Begrenzung des Haftungsrisikos durch Maßnahmen des Vorstandes	78	48
d) Besonderheiten der Legal Due Diligence beim Börsengang	79	48
V. Die Gestaltung des Unternehmenskaufvertrages	81	49
1. Der Vertragsgegenstand	82	50
a) Der Vertragsgegenstand beim Kauf einzelner Wirtschaftsgüter (Asset Deal)	82	51
aa) Die einzelnen Wirtschaftsgüter	82	52
(1) Die Sachen, Forderungen und Rechte	82	53
(2) Die Marke	83	54
(3) Die Firma	84	55
(4) Das Urheberrecht	84	56
(a) Das Gesetz zur Stärkung der vertraglichen Stellung von Urhebern und ausübenden Künstlern	84	56
(b) Der Schutz der Urheberrechte	85	56
(c) Rechtsgeschäfte über das Urheberrecht	86	56
(d) Die Übertragung der Nutzungsrechte	86	56
(e) Der Anspruch des Urhebers auf angemessene Vergütung	86	56
(f) Die gesamtschuldnerische Haftung von Verkäufer und Käufer	87	56
(g) Sonderbestimmungen für Computerprogramme	87	56
(h) Konsequenzen für den Unternehmenskaufvertrag	87	56
(5) Das Patent	88	57

	Seite	RN
(a) Das Patent als gemäß § 15 PatG übertragbares privates Vermögensrecht	88	57
(b) Die Übertragung eines Patentes im Wege der Einzelrechtsnachfolge	89	57
(c) Die Übertragung eines Patentes im Wege der Gesamtrechtsnachfolge	89	57
(d) Die beschränkte Übertragung eines Patentes	89	57
(e) Der Umfang der Übertragung eines Patentes	89	57
(f) Die Form der Übertragung eines Patentes	90	57
(g) Der Kauf einer Patentanmeldung oder eines Patentes als Rechtskauf	90	57
(h) Die Haftung für Mängel beim Verkauf eines Patentes bzw. einer Patentanmeldung	91	57
(i) Kein gutgläubiger Erwerb nicht bestehender oder belasteter Patente	91	57
(j) Das Patent als Gegenstand einer Lizenzvereinbarung	92	57
(6) Das Know-how	93	57
bb) Der Kaufpreis und der Unternehmenswert	93	58
(1) Die Bestimmung des Kaufpreises mit Hilfe der Unternehmensbewertung	95	63
(a) Die Unternehmensbewertung in der Betriebswirtschaft	96	63
(b) Die Unternehmensbewertung in Gesetzgebung und Rechtsprechung	98	65
(2) Die Kapitalbeschaffung für die Barzahlung des Kaufpreises	101	66
(a) Allgemeines zur Kapitalbeschaffung für M&A-Transaktionen	102	67
(aa) Die Eigenkapitalbeschaffung	103	68
(aa.1) Die Eigenkapitalbeschaffung nicht börsennotierter Unternehmen	103	68
(aa.2) Die Eigenkapitalbeschaffung der Kapitalgesellschaften	106	68
(bb) Die Fremdkapitalbeschaffung am Kapital- und Geldmarkt	108	68
(3) Besonderere Kaufpreis-Klauseln, insbesondere Earn-out-Klauseln, Contingent-Price-Deal-Klauseln sowie Wertsicherungs- bzw. Gleitklauseln	110	69
(4) Die Sicherung des Kaufpreisanspruchs	111	70
cc) Die Übertragung des Unternehmens und der Zeitpunkt der Übertragung	112	71
dd) Die Übertragung von Forderungen; Vertragspositionen und Rechtsverhältnissen, insbesondere Arbeitsverhältnissen	113	73
b) Der Vertragsgegenstand beim Kauf einer Gesellschaft bzw. einer Beteiligung an einer Gesellschaft (Share Deal)	113	75
aa) Der Kauf von Gesellschaftsanteilen an einer Personengesellschaft	113	76
(a) Der Übergang der mit dem Gesellschaftsverhältnis einer Personengesellschaft verbundenen Rechte und Pflichten	114	76
(b) Der Gewinnanspruch	114	77
bb) Der Kauf von Geschäftsanteilen an einer Kapitalgesellschaft	115	78
(a) Besonderheiten beim Bestehen mehrerer Geschäftsanteile einer GmbH	115	79

	Seite	RN
(b) Die Anmeldung bei der Geschäftsführung als Wirksamkeitserfordernis für die Übertragung eines GmbH-Geschäftsanteils gemäß §§ 16 I, 35 II GmbHG	115	79
(c) Der Verkauf von Geschäftsanteilen an einer Vorratsgesellschaft	116	79
(d) Der Gewinnanspruch	117	80
2. Das Gewährleistungs- und Haftungssystem	118	81
a) Das gesetzliche Gewährleistungs- und Haftungsrecht beim Asset Deal und Share Deal	119	82
aa) Das gesetzliche Gewährleistungs- und Haftungsrecht beim Asset Deal	119	83
(1) Das gesetzliche Gewährleistungs- und Haftungsrecht beim Asset Deal vor dem Inkrafttreten der Schuldrechtsreform zum 1. 1. 2002	119	84
(2) Das gesetzliche Gewährleistungs- und Haftungsrecht beim Asset Deal seit dem Inkrafttreten der Schuldrechtsreform zum 1. 1. 2002	123	85
(a) Der Asset Deal: Die Pflicht des Verkäufers gemäß § 433 BGB zur Übergabe und Eigentumsverschaffung der zur Gesamtheit eines Unternehmens gehörenden Sachen frei von Sach- (§ 434 BGB) und Rechtsmängeln (§ 435 BGB)	123	85
(aa) Die Freiheit der Sachen von Sachmängeln gemäß § 434 BGB beim Asset Deal	124	85
(bb) Die Freiheit der Sachen von Rechtsmängeln gemäß § 435 BGB beim Asset Deal	130	86
(b) Der Asset Deal: Die Pflicht des Verkäufers gemäß § 433 BGB zur Übertragung der zur Gesamtheit eines Unternehmens gehörenden Rechte gemäß §§ 434 ff. BGB frei von Sach- (§ 434 BGB) und Rechtsmängeln (§ 435 BGB)	130	86
(3) Die Freiheit von Sach und Rechtsmängeln bei Gefahrübergang	131	86
bb) Das gesetzliche Gewährleistungs- und Haftungsrecht beim Share Deal	131	87
(1) Die grundsätzliche haftungsrechtliche Gleichstellung des Share Deal mit dem Asset Deal	131	87
(2) Die haftungsrechtliche Gleichstellung des Share Deal mit dem Seet Deal im Hinblick auf die Haftung des Verkäufers für Sach- und Rechtsmängel der durch den Share Deal (mittelbar) erworbenen Wirtschaftsgüter des Unternehmens	132	87
cc) Die Rechte des Käufers bei Mängeln gemäß § 437 BGB	135	88
(1) Der Anspruch auf vorrangige Nacherfüllung und nachrangigen Rücktritt, Minderung und Schadens- oder Aufwendungsersatz	135	88
(2) Die Wertungs- und Interessenwidersprüche beim Unternehmenskauf nach dem neuen Mängelgewährleistungsrecht	135	88
(a) Die (vorrangige) Nacherfüllung nach § 439 BGB	136	88
(b) Die weiteren Rechtsfolgen (erst) nach Ablauf einer angemessenen Frist	136	89

	Seite	RN
(aa) Das Recht des Käufers zum Rücktritt von dem Vertrag nach den §§ 440, 323, 326 V, 346 BGB (oder stattdessen zum Wertersatz gemäß § 346 II BGB) oder stattdessen zur Minderung des Kaufpreises nach § 441 BGB	137	89
(bb) Der Anspruch des Käufers auf Schadensersatz nach den §§ 440, 280, 281, 283 und 311 a BGB oder auf Ersatz vergeblicher Aufwendungen nach § 284 BGB neben dem Recht zum Rücktritt (oder zum Wertersatz gemäß § 346 II BGB) oder zur Minderung	139	91
dd) Die Kenntnis des Käufers gemäß § 442 BGB	140	91
(1) Die Bedeutung des § 442 BGB	140	91
(2) Die Auswirkungen einer Due Diligence auf die Kenntnis gemäß § 442 BGB	141	91
(a) Die Kenntnis des Käufers von einem Mangel	141	91
(b) Grob fahrlässige Unkenntnis des Käufers von einem Mangel	143	91
(c) Die Auswirkungen einer nicht durchgeführten Due Diligence	144	91
ee) Die Übernahme einer unselbständigen, verschuldensunabhängigen Beschaffenheitsgarantie oder Haltbarkeitsgarantie gemäß § 443 BGB	146	91
(1) Die Übernahme einer unselbständigen, verschuldensunabhängigen Beschaffenheitsgarantie oder Haltbarkeitsgarantie gemäß § 443 BGB	146	91
(2) Der Inhalt und Umfang der unselbständigen Garantie im Sinne des § 443 BGB	147	91
(3) Die Abgrenzung der Beschaffenheits- und Haltbarkeitsgarantie gegenüber einer Beschaffenheitsvereinbarung	147	92
(4) Die Bedeutung der Abgrenzung der Beschaffenheits- und Haltbarkeitsgarantie gegenüber einer Beschaffenheitsvereinbarung auf die Zulässigkeit eines Haftungsausschlusses gemäß § 444 BGB	148	92
ff) Die Verjährung der Mängelansprüche	149	92
(1) Die Verjährung der Mängelansprüche gemäß § 438 BGB	149	92
(2) Die Hemmung der Verjährung bei Verhandlungen gemäß § 203 BGB	152	93
gg) Die Dritt- und Beraterhaftung gemäß § 311 III BGB	153	94
hh) Fazit: Das Fortbestehen gravierender Wertungs- und Interessenwidersprüche des gesetzlichen Gewährleistungs- und Haftungssystems	153	94
b) Das vertragliche, privatautonome Gewährleistungs- und Haftungssystem beim Asset Deal und beim Share Deal unter Verwendung der selbständigen Garantie gemäß § 311 I BGB	154	94
aa) Der Ausschluss des gesetzlichen Gewährleistungs- und Haftungssystems und die Schaffung eines eigenständigen vertraglichen Gewährleistungs- und Haftungssystems	155	94
bb) Die selbständige Garantie gemäß § 311 I BGB	156	94
(1) Der Garantienkatalog	156	95
(2) Die Art und der Umfang der Garantie	158	96
(3) Die rechtlichen Konsequenzen bei Eintritt des Garantiefalles	158	97

	Seite	RN
(4) Die rechtliche Zulässigkeit haftungsbeschränkender und haftungsausschließender Vereinbarungen im Rahmen der selbständigen Garantie trotz § 444 BGB	160	100
(a) Die ursprüngliche Stellungnahme des Bundesjustizministeriums: Unzulässigkeit haftungsbeschränkender und haftungsausschließender Vereinbarungen bei selbständigen Garantien	161	100
(b) Die inzwischen überwiegende Literatur-Meinung und die neuere Auffassung des Bundesjustizministeriums: Zulässigkeit haftungsbeschränkender und haftungsausschließender Vereinbarungen bei selbständigen Garantien	162	100
(c) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bürgerlichen Gesetzbuches (Gesetz zur Beseitigung der Rechtsunsicherheit beim Unternehmenskauf)	164	100
(d) Empfehlungen für die M&A-Vertragspraxis	165	100
3. Die Haftung für Altverbindlichkeiten	167	101
a) Die Haftung für Altverbindlichkeiten beim Asset Deal	167	102
aa) Die Firmenfortführung § 25 HGB	168	103
bb) Der Betriebsübergang § 613 a BGB	171	109
cc) Die Betriebssteuern § 75 AO	172	110
b) Die Haftung für Altverbindlichkeiten beim Share Deal	172	111
aa) Die Haftung für Altverbindlichkeiten bei dem Eintritt eines Gesellschafters in eine OHG (§§ 130 I i. V. m. §§ 128, 129 HGB)	173	111
(1) Die Haftung des in die OHG eintretenden Gesellschafters	173	111
(2) Die Haftung des aus der OHG austretenden Gesellschafters	174	112
bb) Die Haftung für Altverbindlichkeiten bei dem Eintritt eines Komplementärs in eine Kommanditgesellschaft (§ 161 II HGB)	175	115
cc) Die Haftung für Altverbindlichkeiten bei dem Eintritt eines Kommanditisten in eine Kommanditgesellschaft (§ 173 I i. V. m. §§ 171, 172 HGB)	175	116
dd) Die Haftung für Altverbindlichkeiten bei dem Eintritt eines Gesellschafters in eine Gesellschaft bürgerlichen Gesetzes (§ 130 HGB analog)	177	118
ee) Die Haftung für Altverbindlichkeiten beim Kauf von GmbH-Geschäftsanteilen (§ 16 III GmbH-Gesetz)	179	119
ff) Die Haftung für Altverbindlichkeiten beim Kauf von Aktien (§ 54 AktG)	180	120
gg) Die Haftung für Altverbindlichkeiten nach dem UmwG (§§ 45, 133, 157 und 224 UmwG)	180	121
4. Die Wettbewerbsvereinbarungen	181	122
a) Die Vereinbarkeit einer Wettbewerbsvereinbarung mit § 138 I BGB	181	122
b) Die Vereinbarkeit mit § 1 GWB	183	124
c) Die Vereinbarkeit mit dem europäischen Kartellrecht	184	127
aa) Das materielle Recht	184	127
bb) Die Verfahrensrechtliche Besonderheit	185	129
5. Die Geheimhaltungsvereinbarung	185	130
6. Die Form des Unternehmenskaufvertrages	185	131

	Seite	RN
a) Die Form des Unternehmenskaufvertrages beim Asset Deal	186	132
b) Die Form des Unternehmenskaufvertrages beim Share Deal	187	134
aa) Die Form des Share Deal bei der Personengesellschaft	187	135
bb) Die Form des Share Deal bei der Kapitalgesellschaft	187	135
(1) Die Formbedürftigkeit der Übertragung von GmbH-Geschäftsanteilen (§ 15 GmbHG)	188	136
(2) Die Formbedürftigkeit der Übertragung von Kommanditanteilen an einer GmbH & Co. KG bei gleichzeitigem Erwerb von Geschäftsanteilen an der Komplementär-GmbH (§ 15 GmbHG)	190	136
(3) Die Form der Übertragung von Aktien	190	137
7. Die Verfügungsbeschränkungen, Zustimmung- und Genehmigungserfordernisse	191	138
a) Die gesellschaftsrechtlichen Beschränkungen	191	139
aa) Die Zustimmungserfordernisse beim Erwerb einer Personengesellschaft	191	140
bb) Die Zustimmungserfordernisse beim Erwerb einer Kapitalgesellschaft	192	142
(1) Die Zustimmungserfordernisse beim Erwerb von Geschäftsanteilen an einer GmbH	192	142
(2) Die Zustimmungserfordernisse beim Erwerb von Aktien	193	143
b) Die öffentlich-rechtlichen Beschränkungen	195	145
c) Die familien- und vormundschaftsrechtlichen Beschränkungen	196	146
d) Die erbrechtlichen Beschränkungen	197	148
8. Die Kosten	197	148
9. Die Störung der Geschäftsgrundlage (§ 313 BGB)	197	149
a) Das Nicht-Eingreifen der gesetzliche Gewährleistungshaftung oder eine Haftung aufgrund Verschuldens bei Vertragsschluss (§ 311 II BGB)	197	149
b) Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 313 I BGB	198	149
c) Die Problematik der Anwendung des § 313 BGB	200	149
d) Der vertragliche Ausschluss des § 313 BGB und die Regelung des „Material Adverse Change“	201	149
10. Die wesentlich nachteilige Veränderung des Vertragsverhältnisses (Der sog. Material Adverse Change)	201	149
1. Die Notwendigkeit einer konkreten vertraglichen Einzelfallregelung	202	149
a) Der Tatbestand einer MAC-Klausel	202	149
aa) Die Systematik des „Material Adverse Change“ als zentrales Tatbestandsmerkmal	203	149
bb) Die Formulierung des „Material Adverse Change“ als zentrales Tatbestandsmerkmal einer MAC-Klausel in der Vertragspraxis	204	149
cc) Die Grenzen der Zumutbarkeit eines „Material Adverse Change“	205	149
dd) Geltung einer MAC-Klausel nur für den Fall, dass die Vertragspartner, hätten sie diese Änderungen vorhergesehen, den Vertrag nicht oder mit einem anderen Inhalt abgeschlossen hätten	206	149
b) Die Rechtsfolgenregelung einer MAC-Klausel	206	149
aa) Die Vertragsanpassung	206	149
bb) Der Rücktritt vom Vertrag	206	149
cc) Sonstige Ausgleichsansprüche	207	149
dd) Bedingungen	207	149

	Seite	RN
ee) Kombinierte Klauseln	207	149
11. Die Deal-Protection-Vereinbarung	207	149
12. Das anwendbare Recht	208	149
13. Der Gerichtsstand/Die Schiedsklausel	209	149
14. Die salvatorische Klausel	209	149
VI. Abschluss und Durchführung des Unternehmenskaufvertrages	210	149
1. Die dingliche Übertragung des Unternehmens (Closing)	210	150
2. Anmeldung des Erwerbs beim Kauf eines GmbH-Geschäfts- anteils (§ 16 GmbHG)	211	154
VII. Besonderheiten des Unternehmenskaufes beim Management- Buy-Out	213	156
1. Wirtschaftliche Voraussetzungen des MBO/LBO	216	158
2. Rechtliche Gestaltung des MBO/LBO	216	160
a) Vertragsrechtliche Gestaltung des MBO/LBO	216	160
b) Gesellschaftsrechtliche Gestaltung des MBO/LBO	217	161
3. Finanzierungsformen des MBO/LBO	219	165
4. Kapitalerhaltung bei einem Zielunternehmen in der Rechtsform einer GmbH oder AG	220	169
VIII. Besonderheiten beim Joint Venture	221	170
IX. Besonderheiten des Unternehmenskaufes bei börsennotierten Aktiengesellschaften	222	170
1. Das Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz (WpÜG)	223	171
a) Friendly und Hostile Takeover	223	171
b) Die wesentlichen Regelungen des WpÜG	228	171
aa) Die Pflichten des Bieters	229	171
(1) Die Angebote zum Erwerb von Wertpapieren (§§ 10 ff. WpÜG)	229	171
(2) Die Übernahmeangebote (§§ 29 ff. WpÜG)	231	171
(3) Die Pflichtangebote (§§ 35 ff. WpÜG)	232	171
bb) Die Pflichten der Zielgesellschaft und ihrer Organe	233	172
(1) Die Stellungnahme zu dem Angebot	233	173
(2) Die Neutralitätspflicht gegenüber feindlichen Angeboten	234	174
cc) Die Aufsicht bei Angeboten nach WpÜG durch das Bundes- aufsichtsamt für den Wertpapierhandel	236	175
c) Der Squeeze Out	237	176
2. Der Deutsche Corporate Governance Codex	240	177
a) Die Entsprechens-Erklärung nach dem Deutschen Corporate Governance Codex	241	178
b) Die für Unternehmenskäufe relevanten Bestimmungen des Deutschen Corporate Governance Codex	242	179
3. Das „Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unterneh- mensbereich“ (KonTraG)	242	180
a) Die Regelungsziele des KonTraG	243	181
b) Die Corporate Governance	245	182

Teil II. Gesellschaftsrecht

Vorbemerkung	258	1
I. Die Gründung und Umstrukturierung der Personengesellschaft	262	7
1. Die Gründung einer Personengesellschaft bei Vorhandensein eines Einzelunternehmens	262	7

	Seite	RN
a) Die Gründung einer Personenhandelsgesellschaft	262	8
b) Besonderheiten bei der GmbH & Co. KG	266	19
c) Aufnahme eines typischen oder atypischen stillen Gesellschafters in ein Einzelunternehmen	268	22
2. Die Umstrukturierung von Personengesellschaften	268	24
a) Gesellschafterbeschluss und Bestimmtheitsgrundsatz	268	24
b) Neuaufnahme von Gesellschaftern in eine bestehende Personen- gesellschaft	272	30
c) Gesellschafterwechsel	276	40
d) Umwandlung einer GbR in eine OHG oder Kommanditgesellschaft	278	45
3. Umwandlung von Einzelunternehmen und Personengesellschaften in Kapitalgesellschaften	278	46
a) Entgeltliche Übertragung des Unternehmens	279	48
b) Einbringung als Sacheinlage	280	51
c) Umwandlung nach dem Anwachsungsmodell bei Personengesell- schaften	280	52
d) Ausgliederung aus dem Vermögen eines Einzelkaufmanns in Kapi- talgesellschaft	281	56
4. Verschmelzung von Personengesellschaften nach dem Anwachsungs- modell	282	58
5. Realteilung von Personengesellschaften	284	61
6. Umwandlung einer Personengesellschaft nach UmwG	285	64
II. Gründung, Kapitalerhöhung und Kapitalherabsetzung bei Kapital- gesellschaften	285	65
1. Gründung von Kapitalgesellschaften	285	65
a) Gründung einer Aktiengesellschaft	285	65
aa) Ablauf der Gründung	285	66
bb) Satzungsinhalt	288	72
cc) Handelsregisteranmeldung und Erbringung der Einlage	289	75
dd) Gründerhaftung und Vor-Aktiengesellschaft	290	78
ee) Vorratsgründung und Nachgründung	292	83
b) Gründung einer GmbH	293	86
aa) Ablauf der Gründung	294	87
bb) Satzung	295	89
cc) Erbringung der Einlage	295	91
dd) Anmeldung und Eintragung	296	93
ee) Haftung in der Vor-GmbH	297	96
ff) Mantelverwendung bei Vorrats-GmbH	299	98a
2. Grundsätze der Kapitalaufbringung	299	99
a) Funktionen der Kapitalaufbringung	300	102
b) Prinzip der Kapitalaufbringung	301	103
c) Bar-/Sacheinlage	302	105
d) Verdeckte Sacheinlage	303	106
3. Kapitalerhöhung bei der Aktiengesellschaft	317	128
a) (Reguläre) Kapitalerhöhung gegen Einlage	317	129
aa) Kapitalerhöhungsbeschluss	318	130
bb) Sacheinlagen	320	133
cc) Anmeldung und Eintragung ins Handelsregister	322	139
dd) Zeichnung der Aktien	323	140
ee) Bezugsrecht und Bezugsrechtsausschluss	324	141
ff) Weitere Durchführung der Kapitalerhöhung	329	151
b) Bedingte Kapitalerhöhung	331	156

	Seite	RN
c) Genehmigtes Kapital	336	167
d) Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln	339	176
4. Kapitalerhöhung bei der GmbH	340	180
a) Stammkapitalerhöhung gegen Einlagen	340	181
aa) Satzungsänderungsbeschluss	341	182
bb) Zulassung zur Übernahme und Übernahmeerklärung	343	188
cc) Sacheinlagen	346	196
dd) Leistung der Mindesteinlagen	348	202
ee) Anmeldung zum Handelsregister, Eintragung und Bekanntmachung	349	204
b) Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln	351	207
5. Kapitalherabsetzung bei Aktiengesellschaft und GmbH	353	212
a) Zweck der Kapitalherabsetzung	353	212
b) Aktiengesellschaft	354	214
aa) Ordentliche Kapitalherabsetzung	354	215
bb) Vereinfachte Kapitalherabsetzung	355	216
cc) Kapitalherabsetzung durch Einziehung von Aktien	357	218
c) GmbH	358	221
III. Die Verschmelzung von Personenhandels- und Kapitalgesellschaften	360	223
1. Einführung	360	223
2. Verschmelzung durch Aufnahme	361	226
a) Verschmelzungsvertrag	362	227
b) Verschmelzungsbericht	369	238
c) Prüfung der Verschmelzung	375	244
d) Unterrichtung der Gesellschafter und Offenlegung	377	247
e) Verschmelzungsbeschlüsse	377	248
f) Anmeldung und Eintragung der Verschmelzung	380	253
g) Wirkung der Verschmelzung	385	262
h) Gläubigerschutz	391	272
3. Verschmelzung durch Neugründung	392	274
4. Besonderheiten bei einzelnen Rechtsformen	393	275
a) Personenhandelsgesellschaften	393	275
aa) Möglichkeit der Verschmelzung	393	275
bb) Durchführung der Verschmelzung	394	277
cc) Nachhaftung der Gesellschafter	396	281
b) Partnerschaftsgesellschaften	397	281a
aa) Möglichkeiten der Verschmelzung	397	281a
bb) Durchführung der Verschmelzung	398	281b
c) Gesellschaften mit beschränkter Haftung	399	282
aa) Verschmelzung durch Aufnahme	399	282
bb) Verschmelzung durch Neugründung	405	293
d) Aktiengesellschaften	406	295
aa) Verschmelzung durch Aufnahme	406	295
bb) Vereinfachte Konzernverschmelzung	411	307
cc) Verschmelzung durch Neugründung	412	309
e) Genossenschaften	413	312
f) Beteiligung sonstiger Rechtsträger	417	320
g) Verschmelzung einer Kapitalgesellschaft auf den Alleingesellschafter	418	324

	Seite	RN
IV. Spaltung nach Umwandlungsgesetz	420	327
1. Möglichkeiten der Spaltung	420	327
2. Spaltung zur Aufnahme	422	331
a) Spaltungs- und Übernahmevertrag	422	331
b) Spaltungsbericht und Spaltungsprüfung	427	341
c) Spaltungsbeschluss und Anmeldung	428	343
d) Wirksamwerden der Spaltung	430	348
e) Haftungsfragen	434	357
3. Spaltung zur Neugründung	436	363
4. Besonderheiten bei einzelnen Rechtsformen	437	365
a) Personenhandelsgesellschaften	437	365
b) Partnerschaftsgesellschaften	438	366a
c) Gesellschaften mit beschränkter Haftung	439	367
d) Aktiengesellschaften	440	371
e) Genossenschaften	442	377
f) Ausgliederung aus dem Vermögen eines Einzelkaufmanns	443	380
aa) Möglichkeit der Ausgliederung	443	380
bb) Ausgliederung zur Aufnahme	445	384
cc) Ausgliederung zur Neugründung	447	387
g) Sonstige Spaltungs- und Ausgliederungsmöglichkeiten nach dem UmwG	448	389
5. Spaltung von Treuhandunternehmen	448	390
6. Spaltung von landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften	449	391
V. Vermögensübertragung nach Umwandlungsgesetz	450	393
VI. Formwechsel nach Umwandlungsgesetz	451	394
1. Einführung	451	394
a) Möglichkeiten des Formwechsels	451	394
b) Formwechsel als Mittel der Steueroptimierung nach einem Unter- nehmenskauf	452	397
2. Allgemeine Vorschriften zum Formwechsel	454	400
a) Umwandlungsbericht	454	400
b) Umwandlungsbeschluss	456	403
c) Firma, Gründungsvorschriften, Aufsichtsrat	459	409
d) Anmeldung des Formwechsels	461	412
e) Wirkungen der Eintragung	462	414
f) Angebot der Barabfindung	464	417
3. Besondere Vorschriften des Formwechsels	466	420
a) Formwechsel von Personenhandelsgesellschaften	466	420
b) Formwechsel von Kapitalgesellschaften	468	427
aa) Formwechsel in eine Personengesellschaft	469	428
bb) Formwechsel in eine Kapitalgesellschaft anderer Rechtsform	471	432
cc) Formwechsel in eine eingetragene Genossenschaft	475	441
c) Formwechsel eingetragener Genossenschaften	476	442
d) Formwechsel anderer Rechtsformen	477	445
VII. Andere Strukturänderungen außerhalb des Umwandlungsgesetzes	477	446
1. Strukturverändernde Maßnahmen i.S.d. „Holzmüller“-Rechtsprechung	478	447
a) Reichweite der „Holzmüller“-Entscheidung	478	448
b) Mehrheitserfordernisse	480	450
c) Berichtspflichten	480	451
2. Spaltung von Kapitalgesellschaften außerhalb des Umwandlungs- gesetzes	481	452

	Seite	RN
3. „Squeeze-out“, §§ 327 a–f AktG	482	456
a) Voraussetzungen	483	457
b) Angemessene Barabfindung	484	458
c) Verfahren, §§ 327 c–e AktG	485	459
d) Gerichtliche Nachprüfung	486	460
4. Delisting	486	461
VIII. Konzern- und Holdingstrukturen	487	462
1. Das Unternehmen im Konzernverbund	487	462
2. Vertragskonzern	489	465
a) Abschluss eines Unternehmensvertrages, Haftung, Weisungsrecht	489	467
b) Aufhebung eines Unternehmensvertrages	491	470
aa) Aktien-Konzern	491	470
bb) GmbH-Konzern	491	471
c) Kündigung eines Unternehmensvertrages	492	472
aa) Ordentliche Kündigung	492	472
bb) Außerordentliche Kündigung	493	473
d) Nachhaftung des ehemals herrschenden Unternehmens	493	474
3. Faktischer Konzern bei abhängiger Aktiengesellschaft	494	475
4. Haftung des GmbH-Gesellschafters wegen existenzvernichtendem Eingriff	494	477
5. Die Haftung im grenzüberschreitenden Konzern	499	481

TEIL III. Arbeitsrecht

Vorbemerkung	503	1
I. Der Betriebsübergang gemäß § 613 a BGB.	503	3
1. Schutzzweck und Anwendungsbereich	503	3
2. Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 613 a BGB	505	10
a) Übergang eines Betriebes oder Betriebsteils	506	12
aa) Die wesentlichen Kriterien	507	16
bb) Gesamtbewertung	511	24
cc) Wichtige Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs und des Bundesarbeitsgerichts	511	25
b) Betriebsübergang durch Rechtsgeschäft	513	34
3. Die Rechtsfolgen des Betriebsübergangs	515	37
a) Individualrechtliche Ansprüche	517	42
b) Kollektivrechtliche Ansprüche	521	54
4. Informationsrecht und Widerspruchsrecht der Arbeitnehmer	524	64
a) Information der Arbeitnehmer gemäß § 613 a Abs. 5 BGB	525	65
aa) Grundlagen	525	65
bb) Zeitpunkt und Form der Unterrichtung	526	67
cc) Inhalt und Umfang der Information	527	69
dd) Rechtsfolgen der Information	529	74
b) Widerspruchsrecht der Arbeitnehmer nach § 613 a Abs. 6 BGB	530	76
aa) Modalitäten des Widerspruchs	531	77
bb) Ausschluss des Widerspruchsrechts	532	81
cc) Rechtsfolgen des Widerspruchs	533	83
dd) Regelungen im Unternehmenskaufvertrag	534	86
5. Das Haftungssystem des § 613 a BGB und die Ausnahmebestimmung des § 613 a Abs. 3 BGB	534	87

	Seite	RN
1. Unterrichtung des Wirtschaftsausschusses gemäß § 106 II BetrVG . . .	591	234
2. Information des Betriebsrats nach dem Umwandlungsgesetz	593	242
3. Information des Europäischen Betriebsrats	594	247
4. Unterrichtung des Sprecherausschusses der leitenden Angestellten . .	596	251
5. Unterrichtung der Betriebsversammlung	596	252
6. Information des Aufsichtsrates	597	255
7. Information der Minderheitsgesellschafter	598	257
8. Weitere Unterrichtsadressaten	599	260

TEIL IV. Betriebsrentenrecht

I. Die Grundlagen des Betriebsrentenrechts	603	2
1. Begriff, gesetzliche Grundlagen und Aufgabe	603	2
2. Verbreitung und Finanzierung	605	5
3. Durchführungswege	606	7
4. Anspruchsgrundlagen	610	12
5. Mitbestimmung	612	16
6. Insolvenzsicherung	614	18
7. Unverfallbarkeit	615	20
8. Erfüllung und Haftung	616	22
9. Verjährung	617	23
II. Die Neuordnung von betrieblicher Altersversorgung	617	24
1. Gründe und Motive	617	24
2. Ziele der Neuordnung	620	27
3. Wege zur Neuordnung	624	34
a) Grenzen des Betriebsrentengesetzes	624	34
b) Abfindungen	624	35
c) Übertragung von Versorgungsverpflichtungen	627	41
d) Übernahme durch nicht in § 4 BetrAVG genannte Versorgungs- träger	630	45
e) Schließung für den Neuzugang	632	52
f) Widerruf	633	54
g) Kündigung	635	57
h) Nachfolgende Betriebsvereinbarung	638	64
i) Ablösende Betriebsvereinbarung	641	72
III. Betriebliche Altersversorgung bei Betriebsübergang nach § 613 a BGB	642	76
1. Personenkreis	642	76
2. Rechtsfolgen	643	77
a) Übergang von unmittelbaren Pensionszusagen	644	78
b) Übergang von Direktversicherungszusagen	650	90
c) Übergang von Pensionskassenzusagen	652	95
d) Übergang von Unterstützungskassenzusagen	655	102
e) Übergang von Pensionsfondszusagen	658	106a
IV. Betriebliche Altersversorgung und Gesamtrechtsnachfolge	659	107
1. Zum Begriff	659	107
2. Gesamtrechtsnachfolge und Rechtsgrundlagen	663	110
3. Gesamtrechtsnachfolge und Durchführungsweg	663	112
V. Die Abwicklung betrieblicher Altersversorgung bei Liquidation des Unternehmens.	665	114

	Seite	RN
1. Zum Begriff	665	114
2. Maßnahmen der Abwicklung	665	115
VI. Nachhaftungsbegrenzung	667	120
1. Früheres Recht	668	123
2. Rechtslage seit März 1994	668	124
a) Nachhaftung bei Auflösung der Gesellschaft	668	124
b) Nachhaftung bei Ausscheiden eines persönlich haftenden Gesellschafters	669	125
c) Zeitliche Geltung und Übergangsregelung	670	126

TEIL V. Steuerrecht

I. Einleitung/Überblick	675	1
1. Steuerliche Ausgangssituation von Veräußerer und Erwerber	677	7
a) Veräußerer	677	7
aa) Steuerfreiheit	677	8
bb) Begünstigter Steuersatz	680	16
cc) Ungeminderte Einkommensteuer	682	23
b) Erwerber	683	31
2. Sonderfälle	684	33
a) Betriebsaufspaltungen	684	33
b) Nachträgliche Änderung des Kaufpreises	686	37
3. Gestaltungsspielraum	687	38
II. Asset Deal (Verkauf von Einzelwirtschaftsgütern)	690	44
1. Ertragsteuern	690	44
a) Grundsatz	690	44
b) Kaufpreisaufteilung/Geschäftswert	691	46
2. Der Erwerb von Anteilen an einer Personengesellschaft	693	53
a) Gewerbesteuerpflicht beim Verkauf von Mitunternehmeranteilen	694	54
b) Gewerbesteuerpflicht gem. § 18 Abs. 4 UmwStG	694	57
c) Gewerbesteuerpflicht in den Fällen des § 16 Abs. 2 Satz 3 EStG	695	59
d) Verlust von gewerbesteuerlichen Verlustvorträgen gemäß § 10 a GewStG	695	61
3. Umsatzsteuer	696	62
4. Grunderwerbsteuer	696	63
III. Share Deal (Kauf von Gesellschaftsrechten an einer Kapitalgesellschaft)	697	64
1. Ertragsteuer	697	64
2. Umsatzsteuer	698	67
3. Grunderwerbsteuer	698	68
4. Gewerbesteuer	699	72
5. Verlust von Verlustvorträgen	699	73
a) Übertragung von mehr als 50 % der Anteile	700	75
b) Zuführung von überwiegend neuem Betriebsvermögen	701	78
c) Ausnahme: Sanierung des Geschäftsbetriebes	702	80
6. Steuerliche Probleme im Zusammenhang mit der Veräußerung von Organbeteiligungen	702	81
a) Einleitung/Gestaltungsziele	702	81
b) Organschaft und unterjährige Anteilsveräußerung	703	83

	Seite	RN
6. Der Kündigungsschutz gemäß § 613 a Abs. 4 BGB	536	94
7. Betriebsverfassungsrechtliche Fragen des Betriebsübergangs	542	108
II. Die Betriebsänderung, insbesondere der Interessenausgleich und der Sozialplan	543	110
1. Überblick über den Ablauf einer Betriebsänderung	543	111
2. Die Mitbestimmung des Betriebsrats bei Betriebsänderungen	543	112
a) Betriebsänderung im Sinne des § 111 BetrVG	543	112
aa) Einschränkung und Stilllegung des ganzen Betriebes oder von wesentlichen Betriebsteilen (§ 111 Satz 3 Nr. 1 BetrVG)	546	118
bb) Verlegung des ganzen Betriebes oder von wesentlichen Betriebsteilen (§ 111 Satz 3 Nr. 2 BetrVG)	547	121
cc) Zusammenschluss mit anderen Betrieben oder die Spaltung von Betrieben (§ 111 Satz 3 Nr. 3 BetrVG)	548	123
dd) Grundlegende Änderungen der Betriebsorganisation, des Betriebszwecks oder der Betriebsanlagen (§ 111 Satz 3 Nr. 4 BetrVG)	549	126
ee) Einführung grundlegend neuer Arbeitsmethoden und Fertigungsverfahren (§ 111 Satz 3 Nr. 5 BetrVG)	550	128
b) Rechtzeitige Unterrichtung des Betriebsrates	550	129
c) Umfassende Unterrichtung des Betriebsrates	551	133
d) Recht des Betriebsrats auf Hinzuziehung eines Beraters	552	137
e) Beratung der geplanten Betriebsänderung mit dem Ziel der Vereinbarung eines Interessenausgleichs und eines Sozialplans	554	140
aa) Der Interessenausgleich	555	144
(1) Der Interessenausgleich gemäß §§ 112, 113 BetrVG	555	145
(2) Der Interessenausgleich gemäß § 323 Umwandlungsgesetz	558	157
(3) Der Interessenausgleich gemäß § 122 Insolvenzordnung	559	159
bb) Der Sozialplan (§ 112 BetrVG)	560	161
(1) Die Verhandlungen über den Sozialplan	561	162
(2) Der Sozialplan als erzwingbares (echtes) Mitbestimmungsrecht	562	165
(3) Der Inhalt des Sozialplans	564	172
(4) Die Beendigung von Arbeitsverhältnissen und die individualrechtlichen Wirkungen des Sozialplans	571	188
(5) Öffentliche Förderung beschäftigungswirksamer Sozialpläne	572	191
(6) Erzwingbarer Sozialplan bei Personalabbau, Neugründungen (§ 112 a BetrVG)	573	192
3. Die Umsetzung der Restrukturierung	574	196
a) Die Durchführung von (betriebsbedingten) Entlassungen	574	197
aa) Anhörung des Betriebsrats gemäß § 102 BetrVG	574	198
bb) Soziale Rechtfertigung der Kündigungen gemäß § 1 KSchG	575	201
cc) Gesetzlicher Abfindungsanspruch der Mitarbeiter	583	213a
dd) Kündigungsfristen	584	214
ee) Besonderer gesetzlicher oder tariflicher Kündigungsschutz	585	216
ff) Massenentlassungsanzeige und Unterrichtung des Betriebsrats gemäß § 17 KSchG	586	218
4. Annex: Ablaufplan zur Restrukturierung	589	232
III. Exkurs: Weitere Unterrichtungspflichten, insbesondere gegenüber dem Wirtschaftsausschuss nach § 106 BetrVG und dem Betriebsrat nach dem Umwandlungsgesetz	590	233

	Seite	RN
aa) Gesellschaftsrecht	703	83
bb) Steuerrechtliche Beurteilung	704	85
IV. Buchwertaufstockungsmodelle	705	87
1. Problemstellung	705	87
2. Diskutierte Buchwertaufstockungsmodelle	706	90
V. Die steuerfreie Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften gem. § 8 b KStG	708	94
1. Bedeutung und Funktion von § 8 b Abs. 2 KStG a. F. und n. F.	708	94
2. Tatbestandsmerkmale von § 8 b Abs. 2 KStG	709	96
a) Persönlicher Anwendungsbereich	709	96
b) Sachlicher Anwendungsbereich	710	97
aa) Vorangegangene, gewinnwirksame Teilwertabschreibung gem. § 8 b Abs. 2 S. 2 KStG	711	98
bb) § 8 b Abs. 4 S. 1 KStG Einbringungsklauseln	711	99
cc) Kapitalbeteiligung von Kredit- und Finanzdienstleistungs- instituten	713	100
c) Rückausnahmen gem. § 8 b Abs. 4 S. 2 KStG	715	106
d) Zeitlicher Anwendungsbereich des § 8 b Abs. 2 KStG n. F.	717	112
3. Gewinne im Sinne des § 8 b Abs. 2 KStG	718	116
a) Veräußerungsgewinn	718	116
b) Gewinn aus Auflösung	719	119
c) Gewinn aus der Herabsetzung des Nennkapitals	719	120
d) Wertaufholungsgewinne	719	121
4. Gewerbesteuer	720	122
5. Pauschalisiertes Betriebsausgabenabzugsverbot bei ausländischen Dividenden	721	124
6. Verluste bei Veräußerung von Beteiligungen (§ 8 b Abs. 2 KStG i.V.m. § 3 c Abs. 1 EStG)	722	126
VI. Der fremdfinanzierte Unternehmenskauf	723	128
1. Einführung	723	128
2. Besonderheiten	724	130
a) Tilgung und Zinsabzug	724	131
b) Sicherheiten	728	139
aa) Zielgesellschaft in der Rechtsform der GmbH/GmbH & Co. KG	728	140
bb) Zielgesellschaft in der Rechtsform der Aktiengesellschaft	729	144
c) Buchwertaufstockung	730	147
d) Steuerfreier Exit	730	149
VII. Hinweise zur Gestaltung des Unternehmenskaufvertrages	731	151
1. Due Diligence	731	151
2. Bilanzgarantie	732	154
3. Steuerklauseln	733	156
4. Haftung gemäß § 75 AO	735	164
5. Sonderproblematik: Anteilskaufvertrag und § 20 Abs. 2 a EStG	736	168
VIII. Steuerliche Folgen von Maßnahmen zur Verbesserung der Liquidi- tÄts- und Bilanzsituation des Unternehmens in der Krise	738	171
1. Einleitung	738	171
2. Die steuerliche Behandlung von Sanierungsgewinnen	739	173
a) Sanierungsbedürftigkeit	739	174
b) Sanierungsabsicht	740	175

	Seite	RN
c) Sanierungseignung	740	177
d) Zusätzliche Voraussetzung: Totale Verlustverrechnung	741	178
3. Forderungsrücktritt gegen Besserungsschein	741	179
4. Rangrücktrittserklärung	742	183
5. Realisierung stiller Reserven	743	185
6. Bilanzpolitik in der Krise	743	186
IX. Steuerliche Folgen von Restrukturierungsmaßnahmen	744	188
1. Einleitung	744	188
2. Verschmelzung	745	194
a) Besteuerung der übertragenden Kapitalgesellschaft	746	195
aa) Wahlrecht in Bezug auf den Wertansatz in der steuerlichen Schlussbilanz	746	195
bb) Besteuerung des Übertragungsgewinns	746	197
b) Besteuerung der übernehmenden Kapitalgesellschaft	747	198
aa) Buchwertverknüpfung	747	198
bb) Übergang eines verbleibenden Verlustabzugs	748	201
(1) Phasengleiche Verlustrechnung	751	207
(2) Verlustvortrag	751	209
(3) Verlustrücktrag	752	210
(4) Verschmelzung auf eine Organgesellschaft	752	211
cc) Übernahmegewinn oder -verlust	753	212
dd) Übergang der Rücklagen	753	214
c) Besteuerung der Gesellschafter der übertragenden Kapitalgesell- schaft	754	219
d) Gewerbesteuer	755	221
e) Personengesellschaften	755	222
3. Spaltung	756	224
a) Kapitalgesellschaften	756	225
aa) Ausgliederung	757	231
bb) Aufspaltung und Abspaltung	758	236
(1) Unbeschränkte Steuerpflicht	758	238
(2) Vermögensübergang aufgrund des UmwG	758	240
(3) Teilbetriebsbedingung	759	241
(4) Fortführung des unternehmerischen Engagements	760	245
(5) Sicherstellung der Besteuerung der stillen Reserven	763	258
(6) Gegenleistung ausschließlich in Gesellschaftsrechten	764	259
b) Personengesellschaften	765	269
aa) Ausgliederung in eine Personengesellschaft	765	269
bb) Auf- und Abspaltung auf eine Personengesellschaft	766	270
4. Formwechsel	766	271
5. Holding	766	272

TEIL VI. Kartellrecht

I. Überblick	773	1
II. Unternehmens- und Beteiligungskauf und andere konzentriative Formen der Reorganisation von Unternehmen	774	3
1. Europäische Fusionskontrolle	775	4
a) Anwendungsbereich	775	5
aa) Gemeinschaftsweite Bedeutung	775	6
bb) Zusammenschlussbegriff	779	10

	Seite	RN
b) Untersagungsvoraussetzungen	787	29
aa) Abgrenzung des relevanten Marktes	789	30
bb) Marktbeherrschung	792	34
cc) Nebenabreden	799	46
c) Verfahren	803	54
aa) Anmeldung	803	55
bb) Vorprüfungsverfahren	805	59
cc) Hauptverfahren	806	63
dd) Vollzugsverbot	808	65
ee) Allgemeine Verfahrensvorschriften	808	67
d) Rechtsschutz	809	69
e) Verhältnis zu anderen Wettbewerbsvorschriften	810	71
aa) Verhältnis zu Art. 81 und 82 EGV	810	71
bb) Verhältnis zur nationalen Fusionskontrolle	811	72
f) Reihenfolge der Prüfung	812	73
2. Deutsche Fusionskontrolle	814	74
a) Der Unternehmensbegriff	814	76
b) Der Zusammenschlussbegriff	815	77
aa) Vermögenserwerb	815	78
bb) Kontrollerwerb	816	81
cc) Anteilserwerb	818	86
dd) Sonstige Verbindung mit wettbewerblich erheblichem Einfluss	819	91
ee) Einschränkungen und Erweiterungen des Zusammenschlussbegriffs	821	96
c) Anwendbarkeit des GWB auf Auslandszusammenschlüsse	822	101
d) Anmelde- und Anzeigepflichten	823	104
aa) Anmeldung	824	105
bb) Berechnung der relevanten Unternehmensdaten	825	109
cc) Anmeldepflichtige Unternehmen	827	114
dd) Inhalt der Anmeldung	827	115
e) Untersagungsvoraussetzungen	828	118
aa) Marktbeherrschende Stellung	828	119
bb) Begründung oder Verstärkung einer marktbeherrschenden Stellung	833	130
cc) Abwägungsklausel	834	132
dd) Ministererlaubnis	835	134
f) Verfahren	836	135
aa) Prüfungsverfahren	836	135
bb) Verfahren der Ministererlaubnis	839	146
g) Reihenfolge der Prüfung	839	147
III. Kooperative Formen der Reorganisation von Unternehmen	840	148
1. Reorganisation und das Kartellverbot der Art. 81 I EGV und § 1 GWB	840	150
a) Art. 81 EGV	841	151
b) § 1 GWB	844	155
c) Verhältnis von Art. 81 EGV zu § 1 GWB	845	157
2. Kooperative Gemeinschaftsunternehmen	846	160
a) Rechtslage nach Gemeinschaftsrecht	846	160
aa) Behandlung kooperativer Gemeinschaftsunternehmen nach Art. 81 I EGV	847	162

Seite RN

bb) Freistellungsmöglichkeit kooperativer Gemeinschaftsunternehmen nach Art. 81 III EGV	851	170
cc) Strukturelle kooperative Gemeinschaftsunternehmen	855	182
b) Rechtslage nach dem GWB	856	184
3. Kooperation ohne Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens	858	190
a) Spezialisierungsvereinbarungen	858	190
aa) Rechtslage nach Gemeinschaftsrecht	858	191
bb) Rechtslage nach dem GWB	859	194
b) Krisenkartelle	861	199
aa) Rechtslage nach Gemeinschaftsrecht	861	200
bb) Rechtslage nach dem GWB	862	203
c) Gegenseitige Belieferung	864	207
aa) Rechtslage nach Gemeinschaftsrecht	864	208
bb) Rechtslage nach dem GWB	865	210

TEIL VII. Umweltrecht

I. Die umweltrechtliche Due Diligence beim Unternehmenskauf	877	1
1. Zweck, Inhalt und Strukturierung von Due Diligenceverfahren	877	1
2. Beispiel für eine Checkliste zur Durchführung einer umweltrechtlichen Due Diligence	881	9
II. Die Organisation des betrieblichen Umweltschutzes	892	25
1. Einleitung	892	25
2. Grundsätze der Betriebsorganisation	894	31
a) Die Organisationspflichten der Unternehmensleitung	894	31
b) Der Grundsatz der Gesamtverantwortung	895	33
c) Die horizontale Aufgabenverteilung: Die Geschäftsverteilung innerhalb der Unternehmensleitung	896	35
d) Die vertikale Aufgabenverteilung: Grundsätze der Delegation und Übertragung von Pflichten	900	44
3. Die haftungs- und strafrechtliche Verantwortung von Führungskräften im Umweltbereich	902	51
4. Auf dem Weg zum gläsernen Unternehmen	904	57
a) Die Mitteilungspflichten nach § 52 a BImSchG	904	57
aa) Der „Verantwortliche für Umweltschutz“	907	59
bb) Betriebsorganisation als Betreiberpflicht	907	61
cc) Inhalt und Umfang der Mitteilungspflicht nach § 52 a Abs. 2 BImSchG	908	62
dd) Das Umweltinformationsgesetz	909	65
b) Die Notwendigkeit einer umweltschutzsichernden Betriebsorganisation	911	72
5. Das effektive Umweltschutzmanagement	912	73
a) Inhalt der rechtskonformen Betriebsorganisation	912	73
aa) Organisationsplanung	913	74
bb) Das Umweltschutz-Organigramm	914	76
cc) Die Organisationsform	921	85
dd) Schnittstellenbewältigung	921	87
b) Grundsätze des integrierten Umweltschutzes	922	91
6. Die Betriebsbeauftragten für Umweltschutz	924	93
a) Allgemeine Grundsätze zum Recht der Betriebsbeauftragten	925	96
aa) Die Aufgaben und die Stellung der Betriebsbeauftragten	925	96

	Seite	RN
bb) Die Funktion der Betriebsbeauftragten	926	99
cc) Pflichten der Unternehmensleitung	927	100
dd) Auswahl und Bestellung der Betriebsbeauftragten	928	101
(1) Die Verpflichtung zur Bestellung von Betriebsbeauftragten	928	101
(2) Die notwendige Anzahl der zu bestellenden Betriebsbeauftragten	929	104
(3) Gemeinsame Beauftragte	929	106
(4) Mehrfachbeauftragte	929	107
(5) Konzernbeauftragte	929	108
(6) Nichtbetriebsangehörige (externe) Betriebsbeauftragte	930	109
(7) Auswahlkriterien	930	111
(8) Organisatorische Eingliederung	931	115
(9) Form der Bestellung	932	117
ee) Die arbeitsrechtliche Stellung der Betriebsbeauftragten	932	120
ff) Haftung	934	125
b) Der Betriebsbeauftragte für Immissionsschutz	937	131
aa) Rechtsgrundlagen	937	131
bb) Adressaten	937	132
cc) Aufgaben und Befugnisse	937	135
dd) Persönliche und fachliche Qualifikation	938	139
ee) Bestellung	939	140
c) Der Störfallbeauftragte	940	146
aa) Rechtsgrundlagen	940	146
bb) Adressaten	940	147
cc) Aufgaben und Befugnisse	940	149
dd) Persönliche und fachliche Qualifikation	941	151
ee) Bestellung	941	153
d) Der Abfallbeauftragte	942	156
aa) Rechtsgrundlagen	942	156
bb) Adressaten	942	157
cc) Aufgaben und Befugnisse	943	160
dd) Persönliche und fachliche Qualifikation	944	162
e) Der Betriebsbeauftragte für Gewässerschutz	945	164
aa) Rechtsgrundlagen	945	164
bb) Adressaten	945	165
cc) Aufgaben und Befugnisse	946	169
dd) Persönliche und fachliche Qualifikation	947	172
ee) Bestellung	947	173
f) Der Gefahrstoffbeauftragte	947	175
aa) Rechtsgrundlagen	947	175
bb) Adressaten	947	176
cc) Persönliche und fachliche Qualifikation	948	177
dd) Bestellung	948	181
g) Der Gefahrgutbeauftragte	949	183
aa) Rechtsgrundlagen	949	183
bb) Adressaten	949	184
cc) Aufgaben und Befugnisse	949	186
dd) Persönliche und fachliche Qualifikation	951	188
ee) Bestellung	951	190
h) Der Beauftragte für die Biologische Sicherheit	952	193
aa) Rechtsgrundlagen	952	193
bb) Adressaten	952	194

	Seite	RN
cc) Aufgaben und Befugnisse	952	196
dd) Persönliche und fachliche Qualifikation	953	198
ee) Bestellung	953	202
i) Der Strahlenschutzbeauftragte	954	204
aa) Rechtsgrundlagen	954	204
bb) Adressaten	954	205
cc) Aufgaben und Befugnisse	954	207
dd) Persönliche und fachliche Qualifikation	955	209
ee) Bestellung	955	210
j) Der Beauftragte für Datenschutz	955	213
aa) Rechtsgrundlagen	955	213
bb) Adressaten	955	214
cc) Aufgaben und Befugnisse	956	216
dd) Persönliche und fachliche Qualifikation	957	219
ee) Bestellung	957	220
k) Der Sicherheitsbeauftragte	958	222
aa) Rechtsgrundlagen	958	222
bb) Adressaten	958	223
cc) Aufgaben und Befugnisse	958	224
dd) Persönliche und fachliche Qualifikation	959	225
ee) Bestellung	959	226
l) Fachkräfte für Arbeitssicherheit (Sicherheitsingenieure, -techniker und -meister)	959	227
aa) Rechtsgrundlagen	959	227
bb) Adressaten	959	228
cc) Aufgaben und Befugnisse	959	230
dd) Persönliche und fachliche Qualifikation	960	231
ee) Bestellung	960	232
m) Betriebsärzte	961	235
aa) Rechtsgrundlagen	961	235
bb) Adressaten	961	236
cc) Aufgaben und Befugnisse	961	238
dd) Persönliche und fachliche Qualifikation	962	239
ee) Bestellung	962	240
ff) Haftung	962	242
7. Der Weg zum wirksamen betrieblichen Umweltschutz	963	243
a) Die Umweltziele der Unternehmensleitung	965	247
b) Die Bestandsaufnahme (Ist-Analyse)	966	249
c) Umweltchecklisten	968	252
8. Das Umweltschutzhandbuch	978	271
a) Grundzüge	978	271
b) Aufbau und Inhalt	979	276
9. Die „Umwelt-Audit-Verordnung“ und die DIN/ISO 14001	985	279
a) Grundzüge	985	279
b) Inhalt und Ablauf des Audits	993	292
c) Auswahl der „unabhängigen Umweltgutachter“ und Umsetzung der „Umwelt-Audit-Verordnung“	1003	322
10. Die Erarbeitung einer wirksamen umweltschutz- und qualitäts- sichernden Betriebsorganisation auf der Grundlage der DIN/ISO 9000-9004	1004	328
a) Total Quality Management (TQM)	1005	330
b) Die DIN/ISO 9000-9004 (Betriebliche Qualitätssicherung)	1006	332

	Seite	RN
c) Die praktische Anwendung und Umsetzung der DIN/ISO 9000–9004	1009	340
aa) Festlegung der Qualitätspolitik	1009	343
bb) Aufbau des Qualitätssicherungs-Systems	1010	344
cc) Festlegung des Ablaufplans	1011	351
dd) Dokumentation	1014	352
ee) Durchführung interner Qualitätssicherungs-Audits	1015	356
d) Vorteile durch die Anwendung der DIN/ISO 9000–9004	1016	360
e) Die Zertifizierung	1017	361
aa) Der „werbende Faktor“	1018	362
bb) Umfang und Ablauf des Zertifizierungs-Audits	1018	363
cc) Beauftragung und Auswahl der Zertifizierungsstelle	1020	370
f) Zusammenfassung	1020	374
11. Die Grundzüge des betrieblichen Arbeitsschutz- und Sicherheits- rechts	1021	375
a) Die arbeitsrechtlichen Fürsorge- und Schutzpflichten	1021	376
b) Anforderungen des betrieblichen Arbeitsschutzes	1023	381
aa) Allgemeiner Betriebs- und Gefahrenschutz	1023	382
bb) Gewährleistung angemessener Arbeitsplatzbedingungen	1027	390
cc) Hygiene	1029	395
dd) Allgemeiner Gesundheitsschutz	1029	396
ee) Arbeitszeitschutz	1029	397
ff) Sonderschutz für bestimmte Arbeitnehmergruppen	1030	399
c) Betriebliche Organisation	1031	400
d) Mitbestimmungsrechte der Personalvertretung	1033	401
e) Staatliche Aufsicht und Kontrolle	1033	402
12. Sicherstellung der notwendigen Kontroll- und Korrekturmaßnahmen	1033	403
13. Anforderungen und Notwendigkeit innerbetrieblicher Dokumen- tation	1035	409
14. Der aktive Umweltschutz	1038	412
a) Prävention vor Rechtsschutz	1038	412
b) Öffentlichkeitsarbeit	1039	414
III. Das Altlastenrisiko	1040	418
1. Einleitung	1040	418
2. Die rechtlichen Grundlagen der Altlastenhaftung	1041	422
a) Der Altlastenbegriff	1041	422
b) Das Altlastenrisiko – Verantwortung und Haftung für „Altlasten“	1043	425
3. Die ordnungsrechtliche Verantwortung für Altlasten	1043	429
a) Inhalt und rechtliche Grundlagen	1043	429
b) Bundesgesetzliche Regelungen	1044	431
aa) Das Bundes-Bodenschutzgesetz	1044	431
(1) Handlungspflichten und Eingriffsbefugnisse	1045	433
(2) Prüf- und Eingriffswerte (Maßnahmewerte)	1053	452
(3) Beschränkungen der Eingriffsbefugnisse durch den Verhält- nismäßigkeitsgrundsatz	1057	461
(4) Beschränkungen der Eingriffsbefugnisse durch die Lega- lisierungswirkung öffentlich-rechtlicher Genehmigungen	1058	465
(5) Die Verantwortlichen und möglichen Adressaten einer Inanspruchnahme	1059	467
(a) Der Verursacher (Handlungsstörer)	1060	469
(b) Der Zustandsverantwortliche	1064	476
(c) Konzern- und Durchgriffshaftung	1067	482

	Seite	RN
(d) Auswahlermessen bei mehreren Verantwortlichen . . .	1070	488
(e) Interner Gesamtschuldnerausgleich	1073	493
(6) Wertausgleichspflicht	1077	503
(7) Ergänzende Rechtsverordnungen	1078	505
(8) Fortgeltung sonstiger bundesrechtlicher Regelungen	1079	506
bb) Ordnungspflichten in Bezug auf Altlasten nach dem Kreislauf- wirtschafts- und Abfallgesetz des Bundes	1079	507
cc) Ordnungspflichten zur Vermeidung von Altlasten nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz	1081	510
dd) Altlastenspezifische Ordnungspflichten nach dem Wasser- haushaltsgesetz	1081	511
ee) Spezialgesetzliche Regelungen zum Schutz des Grundwassers (Grundwasserverordnung)	1082	513
c) Landesgesetzliche Regelungen	1083	517
d) Rechtsschutz	1084	520
4. Zivilrechtliche Haftung	1085	522
a) Deliktische Haftung aus unerlaubter Handlung	1085	523
b) Wasserrechtliche Gefährdungshaftung	1086	526
c) Haftung nach dem Umwelthaftungsgesetz	1087	529
d) Sonstige Gefährdungshaftungstatbestände	1088	530
e) Beseitigungs- und Abwehransprüche	1088	531
f) Der Schadensersatzpflichtige	1089	532
g) Vertragliche Sachmängel- und Haftungsansprüche	1089	536
5. Die strafrechtliche Verantwortlichkeit für Altlasten	1090	539
a) Straftaten gegen die Umwelt	1090	539
b) Persönliche Verantwortung der Mitglieder der Unternehmenslei- tung und der Mitarbeiter von Unternehmen für Umweltstraftaten .	1092	543
c) Verfolgungsvoraussetzungen	1094	548
d) Rechtsfolgen	1094	549
6. Risikoversorge und Haftungsvermeidungsstrategien beim Unterneh- menskauf	1095	551
a) Ausgangssituation	1095	551
b) Die gebotene Aufklärung der Altlastensituation vor Abschluss des Kaufvertrages	1096	554
c) Risikoversorge durch vorbeugende Vertragsgestaltung	1099	560
d) Beispiele für vertragliche Regelungen	1102	573
aa) Einfache Regelungen für nicht komplexe Sachverhaltskonstel- lationen	1103	575
(1) Käuferfreundliche Vertragsregelungen	1103	576
(2) Verkäuferfreundliche Vertragsregelungen	1104	578
bb) Ausführliche Regelungen für komplexe Sachverhaltskonstel- lationen	1105	579
(1) Definitionen und Begriffsbestimmungen	1105	580
(2) Haftungs- und Freistellungsregelungen	1107	581
(3) Mitspracheregelungen	1112	602
(4) Brandschutz/Sonstige öffentlich-rechtliche Vorschriften . .	1113	603
(5) Regress des Verkäufers gegenüber dem Käufer bei Inan- spruchnahme	1114	606
e) Die Altlasten-Haftungsfreistellung in den neuen Bundesländern . .	1115	608
aa) Die Grundzüge der Haftungsfreistellung	1115	608
bb) Die Praktische Handhabung und die Überleitung von Freistellungsbescheiden auf Rechtsnachfolger	1117	612

	Seite	RN
2. Das Sachenrecht (Art. 43–49 EGBGB)	1288	12
a) Die Übertragung dinglicher Rechte, insbesondere der Eigentumsrechte	1288	13
b) Die Abtretung von Forderungen	1288	14
3. Die Formvorschriften	1289	15
a) Die Formvorschriften für das Verpflichtungsgeschäft	1289	15
aa) Die grundsätzliche Formungültigkeit eines Unternehmenskaufvertrages und insbesondere eines Kaufvertrages über GmbH-Anteile gemäß Art. 11 I EGBGB	1289	15
bb) Die Besonderheit bei vertragschließenden Personen in verschiedenen Staaten gemäß Art. 11 II EGBGB	1290	16
cc) Der Vertragsschluss durch einen Vertreter gemäß Art. 11 III EGBGB	1290	16
dd) Verträge über ein dingliches Recht an einem Grundstück gemäß Art. 11 IV EGBGB	1291	17
ee) Verträge über ein dingliches Recht an einem Grundstück gemäß Art. 11 V EGBGB	1291	18
b) Beurkundung durch ausländischen Notar	1291	19
4. Haftung aus Firmenfortführung	1292	22
5. Arbeits- und Mitbestimmungsrecht	1293	23
6. Finanzierung	1294	26
7. Gesellschaftsrecht	1295	28
III. Besondere Regelungsinhalte des Cross-Border-Transaktionsvertrages, insbesondere der Cross-Border-Joint-Ventures	1299	36
1. Die Identität der Vertragsparteien	1300	41
2. Der Vertragsgegenstand und die Eckdaten der Vereinbarung	1301	42
3. Die Rechtsform der Gesellschaft	1301	44
a) Die Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV) nach der Verordnung (EWG) Nr. 2137/85 des Rates vom 25. 7. 1985	1302	46
b) Die Europäische Aktiengesellschaft	1304	47
aa) Die Europäische Aktiengesellschaft nach der EU-VO Nr. 2157/2001 vom 8. 10. 2001	1304	49
bb) Der Diskussionsentwurf eines SE-Ausführungsgesetzes des BMJ und die Stellungnahme des BDI und der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft	1305	49
(1) Die Erläuterung des BMJ zum Diskussionsentwurf eines SEEG und eines SEAG	1306	49
(2) Die Stellungnahme des BDI und der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft	1307	49
c) Europäische Genossenschaft	1308	49
d) Die Europäische Privatgesellschaft	1309	50
e) Die Zusammenführung globaler Unternehmenseinheiten in der bisherigen Vertragspraxis: Das „Business Combination Agreement“	1309	50
4. Die globalen Bewertungs- und Bilanzierungsstandards	1310	53
5. Die Corporate Governance	1310	54
6. Die Kapitalstruktur	1311	62
7. Die Kapitaleinlagen sowie die Einbringung von Geschäftsbetrieben und Grundstücken	1312	65
8. Der Technologie-Transfer	1314	72
9. Die Umweltrechtlichen Fragen	1314	73
10. Das Gewährleistungs- und Haftungssystem	1314	74

11. Die Wettbewerbsvereinbarungen	1315	77
12. Die Buchführung	1315	78
13. Die Dividenden	1315	79
14. Die Beendigung	1315	80
15. Die nationale, europäische, transatlantische oder gar globale Fusions- kontrolle	1316	82
a) Die europäische Kartellbehörde	1316	83
b) Die Einrichtung einer Weltkartellbehörde	1317	87
16. Das anzuwendende Recht	1318	88
17. Die MAC-Klauseln	1318	88
18. Die Beilegung von Rechtsstreitigkeiten	1318	89
Sachverzeichnis	1321	

Hinweis: Die Voranstellung der Inhaltsübersicht und des vollständigen Inhaltsverzeichnisses (unter Verzicht auf einzelne Inhaltsverzeichnisse vor den einzelnen Teilen des Handbuchs) soll dem Leser beim Zur-Handnehmen des inzwischen recht umfangreichen Handbuchs einen besseren Überblick verschaffen und ihm den Zugang zu einzelnen Problemstellungen erleichtern.

Detaillierte Literaturnachweise befinden sich am Anfang der einzelnen Teile dieses Handbuchs.